

Wärmewende abseits der Schlagzeilen: Wie sie von betroffenen Unternehmen und Verbänden gesehen und bewertet wird

Public Brief 2026-02

Basierend auf:
To build or not to build? Sustainability narratives between growth-oriented 'Eco-Markets' and regulative 'Sufficiency' in Germany's heat transition, Energy Research and Social Science (131), 104527; Sagvosdkin, Valentin; Bäuerle, Lukas; Semb, Josephine; Praetorius, Barbara

Ähnlich wie in Österreich mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz und dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz hat die deutsche Bundesregierung 2023 das Gebäudeenergiegesetz (GEG) erneuert, um die Wärmewende in Gebäuden voranzubringen und Emissionen zu senken. Ganz anders als in Österreich, löste aber kaum ein anderes Ampel-Gesetz eine vergleichbar hitzige Debatte aus.



Bildnachweis: CC BY 2.0 by conceptphoto.info

- ▶ Einleitung
- ▼ Ergebnisse
- ▼ Relevanz
- ▼ Zitate & Grafiken
- ▼ Politikempfehlung
- ▼ Links & Kontakt

„Heiz-Hammer ist eine Atombombe für unser Land“, titelte etwa das Boulevard-Blatt „BILD“. Auch in Leitmedien hielten sich Fehlinformationen und die Erzählung einer angeblich abgehobenen „grünen Elite“, die realitätsfern über die Köpfe der Menschen hinweg entscheide.

Um herauszufinden, inwieweit die Zeitungs-Schlagzeilen dem Boden der Tatsachen entsprechen, haben wir deshalb mit Vertreter*innen tatsächlich betroffener Praktiker*innen gesprochen: Bausparkassen, Investmentgesellschaften, Verbände für Energie- oder Gebäudetechnik, Hausbesitzer*innen- und Mieter*innen-Verbände sowie Nichtregierungsorganisationen und Zuständige in öffentlichen Behörden. Wie bewerten diese Menschen das Gebäudeenergiegesetz? Worin sind sie sich einig und worin unterscheiden sie sich? Wir haben die Interviews als Anlass genommen, herauszufinden, welche Chancen, Konflikte und Lösungswege Praktiker*innen für eine zukünftige Wärmewende und Wohnungspolitik sehen.

- ▲ Einleitung
- ▶ Ergebnisse
- ▼ Relevanz
- ▼ Zitate & Grafiken
- ▼ Politikempfehlung
- ▼ Links & Kontakt

Ergebnisse

Alle befragten Akteure teilen die Überzeugung, dass die deutschen Klimaziele im Gebäudesektor erreicht werden müssen. Sie erkennen die Bedeutung einer stabilen und verlässlichen Politik an, um die Wärmewende voranzutreiben. Insbesondere wird Planungssicherheit als essentiell betrachtet: Ständige Gesetzesänderungen oder kurzfristige Anpassungen werden als hinderlich für Investitionen und Umsetzungsprozesse gesehen. Außerdem teilen die Befragten die polarisierte Darstellung der „grünen Eliten“ gegen „die Betroffenen“, wie sie in Teilen der Medien verbreitet wurde, ausdrücklich nicht. Trotz dieses Grundkonsens unterscheiden sich die Meinungen darüber, welche Maßnahmen und Strategien am besten geeignet sind, deutlich. Zwei Hauptnarrative lassen sich identifizieren:

Das Nachhaltige-Märkte-Narrativ: Vertreter*innen dieses Blickwinkels befürworten ein vergleichsweise lockeres Gesetz und setzen vor allem auf Marktmechanismen und technologische Innovationen, etwa KI-basierte Energiesparsysteme oder Neubau von Wohnraum. Sie sind skeptisch gegenüber starken Regulierungen, etwa aus Sorge, dass dadurch Anreize für Investitionen ausgebremst werden und letztlich Geschäftsmodelle an Profitabilität verlieren. Sie glauben daher eher an die positive Rolle des Marktes, um nachhaltige Lösungen profitabel zu machen.

Das Suffizienz-Narrativ: Befürworter*innen dieses Ansatzes wünschen sich ein strengeres Gesetz und setzen auf eine Mischung aus marktbasierter und regulierender Maßnahmen. Sie argumentieren, dass Neubau in vielen Fällen unwirtschaftlich oder unpraktisch ist. Stattdessen plädieren sie für die Nutzung bestehender Gebäude, energetische Sanierungen sowie soziale Maßnahmen wie gemeinschaftliches Wohnen, Wohnungstausch oder Förderungen für energieeffiziente Beratung. Ziel ist eine „Strategie des Genug“ („Suffizienz“), die Energie spart und gleichzeitig bezahlbaren Wohnraum schafft.

Da Suffizienz-Maßnahmen in der wissenschaftlichen Literatur zunehmend als vielversprechend diskutiert werden, haben wir auch untersucht, inwiefern sich Vorschläge aus der umfassenden [Europäischen Energiesuffizienz-Politikdatenbank](#) in den Erzählungen der Befragten wiederfinden. Einige Vorschläge aus dieser, wie etwa das Recht auf Wohnungstausch, Umzugsboni oder die Vergesellschaftung von Mietwohnungen, sind bei den Befragten bisher nur wenig bekannt. Andere Vorschläge wurden jedoch über Interessengruppen hinweg befürwortet, auch wenn sie bislang nicht umgesetzt wurden. So wurden etwa der Ansatz höher zu bauen, statt Flächen zu versiegeln, die Förderung von Energieberatung für Verbraucher*innen und die Subvention von öffentlichen gemeinschaftlichen Wohnprojekten, insbesondere für Senior*innen, häufig erwähnt. Diese und weitere Beispiele deuten darauf hin, dass suffizienz-orientierte innovative Ansätze in der Praxis zwar noch wenig verbreitet sind, aber politisch und gesellschaftlich großes Potenzial besitzen.

Zentrale Erkenntnisse

1. Anders als in der hitzigen Mediendebatte, bekennen sich die Praktiker*innen einer Wohn- und Wärmewende zu Nachhaltigkeit – wenn auch unterschiedlich stark regulierende Maßnahmen befürwortet werden.
2. Alle befragten Praktiker*innen sind sich einig: „Planungssicherheit“ ist zentral für alle Beteiligten (Investor*innen, Banken, Vermieter*innen und Mieter*innen) – keine ständigen Gesetzesänderungen.
3. Es gibt hohen Konsens und damit die Möglichkeit, Instrumente umzusetzen, die sowohl Energie und Geld sparen als auch sozial innovativ sind, wie zum Beispiel seniorenfreundliches Gemeinschaftswohnen oder Energieberatung.
4. Es gibt zwei Narrative: das Nachhaltige-Märkte-Narrativ und das Suffizienz-Narrativ.
5. Beim Vergleich der Maßnahmen-Vorschläge aus den Interviews mit der „Europäischen Energiesuffizienz-Politikdatenbank“ zeigte sich, dass viele Suffizienz-Maßnahmen wie das Recht auf Wohnungstausch oder Umzugsbonus und vor allem stärker regulierende Konzepte wie Vergesellschaftung von Mietwohnungen noch wenig bekannt sind und am ehesten von Nichtregierungsorganisationen oder Verwaltungsbehörden erwähnt werden.

- ▲ Einleitung
- ▲ Ergebnisse
- ▶ Relevanz
- ▼ Zitate & Grafiken
- ▼ Politikempfehlung
- ▼ Links & Kontakt

Relevanz: Warum das alle etwas angeht

Ökologische Fragen werden in den Medien häufig polarisiert diskutiert. Ein Beispiel dafür ist die analysierte Debatte über die Erneuerung des deutschen Gebäudeenergiegesetzes. Die Berichterstattung in solchen Debatten ist allerdings nicht immer faktenbasiert. Unsere Forschung zeigt, dass die vom Gesetz tatsächlich betroffenen Praktiker*innen zwar im Detail verschiedene Lösungswege bevorzugen, aber Nachhaltigkeitspolitik prinzipiell befürworten.

Alle befragten Praktiker*innen sind sich einig: es braucht Planungssicherheit und einen verlässlichen Rahmen, keine ständigen Gesetzesänderungen. Einige der Praktiker*innen betonen daher, dass die Abschwächung des Gesetzes gar nicht notwendig gewesen wäre. Das ist besonders bemerkenswert vor dem Hintergrund, dass die derzeitige Bundesregierung (Stand Februar 2026) eine weitere Aufweichung des Gesetzes anstrebt. Dagegen spricht nicht nur die geforderte Planungssicherheit der betroffenen Praktiker*innen, sondern auch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von Ende Januar 2026, das die Bundesregierung verpflichtet, beim Klimaschutz nachzubessern.

- Einleitung
- Ergebnisse
- Relevanz
- Zitate & Grafiken**
- Politikempfehlung
- Links & Kontakt

Zitate aus der Studie

Vertreter*in einer Verwaltungsbehörde zum Thema Neubau

„Deutschland [ist] eigentlich fertig gebaut.“

Vertreter*in einer NGO zum Thema Neubau

Es wird betont, dass wir den „Diskussionsschwerpunkt vom Neubau dringend weg kriegen müssen in den Bestand, in die Umnutzung von Bestand, in die Sanierung von Bestand.“

Diese Zitate aus einer Verwaltungsbehörde und einer NGO unterstreichen eine zentrale Position in suffizienzorientierten Narrativen zur Wärmewende: Herausforderungen bzgl. Nachhaltigkeit und Wohnraummangel seien im bundesdeutschen Fall nicht vorrangig über Neubau, sondern über Sanierung, Umnutzung und Umgestaltung bestehender Gebäude und Strukturen anzugehen.

Ein Immobilieninvestor zum Thema Nachhaltigkeit

„Wir sind zwar gute Christenmenschen, aber so ein bisschen Euro sollte man schon so neben Investment wieder rausholen.“

Dieses Zitat eines Immobilieninvestors bringt den Kern des Nachhaltige-Märkte-Narratives auf den Punkt: Es gibt eine grundsätzliche Bereitschaft für Klimaziele und einer Anpassung in Richtung nachhaltige Geschäftsmodelle - aber nur solange diese profitabel bleiben.

Vertreter*in eines Wirtschafts-Verbandes zur Mediendebatte

„Springer hat gerade in der BILD-Zeitung eine unverhohlene Kampagne durchgeführt, (...) Und sofort haben Sie eine wahnsinnige Unsicherheit auf dem Markt.“

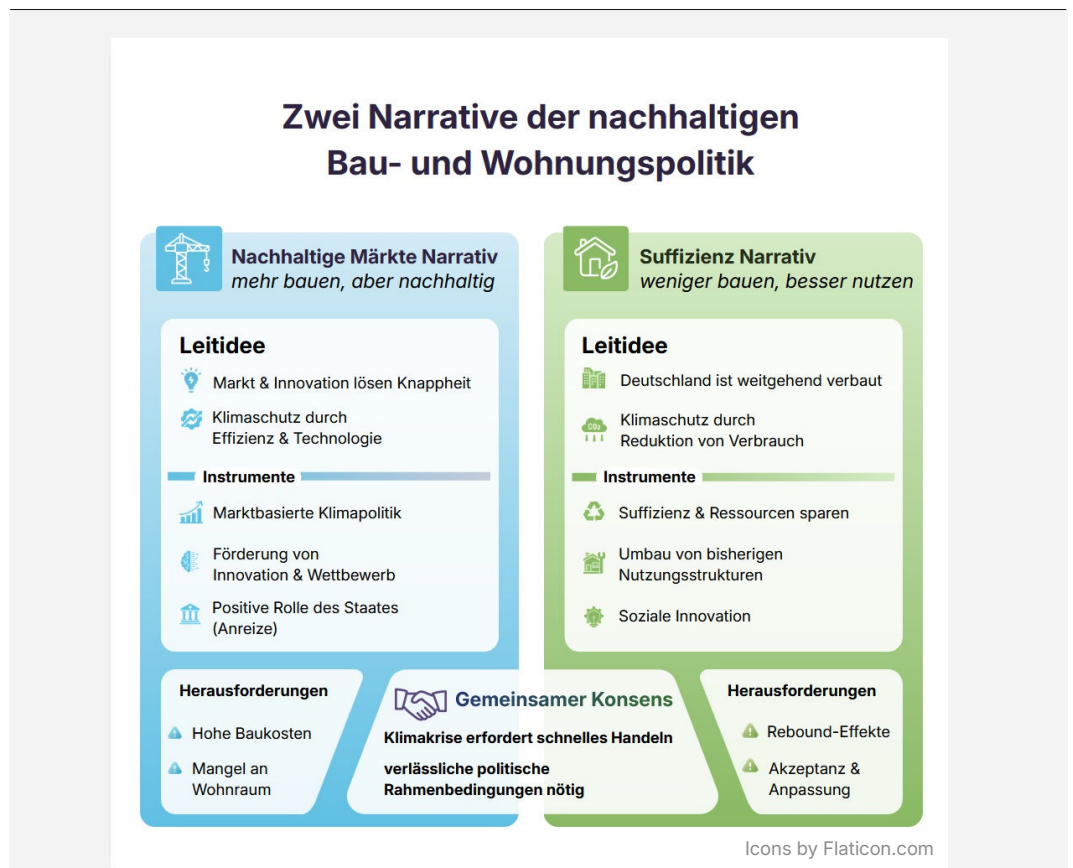
Alle befragten Gruppierungen äußern sich kritisch gegenüber populistischen und stark emotionalisierten Tendenzen in der deutschen Wärmewende-Debatte. Gefordert wird hingegen ein klima- und wirtschaftspolitischer Diskurs auf Grundlage wissenschaftlicher, belastbarer Fakten.

Zitate & Grafiken zur Studie

Hauptautor Valentin Sagvosdkin zu den Ergebnissen der Studie:

„Unsere Ergebnisse unterstreichen, dass von der Wärmewende betroffene Praktiker*innen in Deutschland in dem grundsätzlichen Ziel eines nachhaltigeren Wohnens und Bauens geeint sind. In den Wegen dahin lassen sich zwei große Lager erkennen, die jedoch beide darauf pochen, dass die entsprechenden Aushandlungen faktenbasiert erfolgen. Außerdem wünschen sich alle von der Politik klare und verlässliche klimapolitische Leitplanken, die über Legislaturperioden hinaus Bestand haben.“

- ▲ Einleitung
- ▲ Ergebnisse
- ▲ Relevanz
- ▶ Zitate & Grafiken
- ▼ Politikempfehlung
- ▼ Links & Kontakt



Die Grafik spiegelt das oben angeführte Zitat von Valentin Sagvosdkin wider: Betroffene der Wärmewende begrüßen grundsätzlich eine Politik der Nachhaltigkeit und wünschen sich klare und verlässliche politische Leitplanken in ihrem Sinne. Jedoch lassen sich zwei unterschiedliche Lager aufzeigen, die dieses Ziel mit jeweils anderen Mitteln zu erreichen versuchen: ein marktbasierendes Narrativ und ein Suffizienz-orientiertes Narrativ.

Rebound-Effekte: Durch den Verbrauch weniger Energie eingespartes Geld kann am Ende zu höheren Umweltschäden führen, wenn es für entsprechenden Konsum ausgegeben wird.

- ▲ Einleitung
- ▲ Ergebnisse
- ▲ Relevanz
- ▲ Zitate & Grafiken
- ▶ Politikempfehlung
- ▼ Links & Kontakt

Politikempfehlungen und Denkanstöße

1. Politik des Genug

Für die Wärmewende, Wohnen und weitere Politikfelder sichern Suffizienz-Strategien grundlegende Bedarfe, sind ressourcenschonend und sparen Geld. Sie sind aber noch zu wenig bekannt. Politiker:innen sollten die Europäische Energiesuffizienz-Politikdatenbank bei der Planung und Umsetzung der Wärmewende und der Wohnungspolitik mehr beachten. Sie bündelt zahlreiche wissenschaftliche Erkenntnisse und innovative Politikinstrumente.

2. Neu-Nutzen statt Neubau

Neubau ist nicht überall sinnvoll und häufig teuer, aufwändig, zeitintensiv oder mangels Flächen schlicht unmöglich. Kommerzielle Gebäude können umgenutzt werden; es kann stärker in die Höhe gebaut oder Gebäude saniert werden.

3. Soziales und Ökologisches zusammen denken

Angeichts absehbar steigender Gaspreise sollte der Einbau von Wärmepumpen stärker gefördert werden - sowohl finanziell als auch mit Informationskampagnen. Bei Strom können progressive Tarife etabliert werden - Grundbedarfe werden günstig angeboten, hoher Verbrauch wird sukzessive teurer.

4. Soziale Innovationen

Wo Menschen auf zu hohem Wohnraum pro Kopf wohnen, können folgende Instrumente soziale, ökologische und ökonomische Ziele vereinen: Einen Umzugsbonus gewähren, Recht auf Wohnungstausch, Gemeinschaftswohnen für Senior*innen, Co-Housing Projekte für alle Generationen.

5. Medienpolitik

Die Bundesregierung sollte alle medienpolitischen Instrumente nutzen, um eine faktenbasierte Bearbeitung politischer Probleme zu gewährleisten - ohne in die Pressefreiheit einzugreifen. Sie selbst sollte in der Kommunikation mit gutem Beispiel vorangehen.

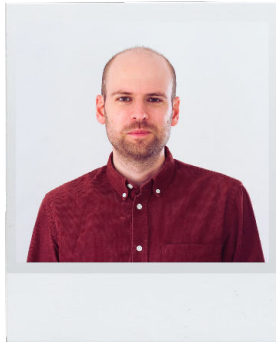
- Einleitung
- Ergebnisse
- Relevanz
- Zitate & Grafiken
- Politikempfehlung
- Links & Kontakt

Links

Studienergebnisse aus demselben Projekt:

- [Wie stellen sich die Interviewten die Zukunft des Wohnens und Bauens in Deutschland vor?](#)
- [Welche systemischen Logiken verhindern eine effektivere Nachhaltigkeitspolitik im Kontext der Wärmewende?](#)

Ansprechpartner



Lukas Bäuerle

Sozioökonom
lukas.baeuerle@jku.at